

MENSCHENWÜRDE STÄRKEN DURCH SOZIAL- UND SOLIDARÖKONOMIE

*Sozial- und Solidarökonomie als Schlüsselfaktor der globalen Zusammenarbeit
und Paradigma für eine Privatwirtschaft, die eine kohärente Rolle
beim Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele spielt*

In einem politischen Szenario, in dem die EU und ihre Mitgliedstaaten strategisch und finanziell in die Maximierung des Potentials der Privatwirtschaft für die Implementierung der Agenda 2030 investieren, fordern die AkteurInnen der Sozial- und Solidarökonomie (SSE) die EntscheidungsträgerInnen auf, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Privatwirtschaft verpflichtet wird, Menschen und Umwelt ins Zentrum des Wirtschaftens zu stellen, indem sie menschenwürdige Arbeitsplätze bietet, die Menschenrechte respektiert, unser Ökosystem nicht schädigt, mit finanzieller Transparenz und Verantwortlichkeit handelt und nachhaltigen Wohlstand für alle schafft.

Die Sozial- und Solidarökonomie stellt dabei ein Modell dar, das zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) beiträgt. Die SSE fordert darüber hinaus politische Selbstverpflichtungen des privaten Sektors, die sich ebenfalls an den nachhaltigen Entwicklungszielen orientiert. In einem sich wandelnden Umfeld, das darauf abzielt, die Ursachen der globalen Armut zu bekämpfen, muss sich das gesamte System ändern und der private Sektor ist ein grundlegender Bestandteil dieses Systems. Maximale Menschenwürde und der Schutz unseres Ökosystems sollten die Grenzen jedes Profitstrebens, das manche AkteurInnen der Privatwirtschaft über alles stellen, darstellen.

DIE UNTERSTÜTZER*INNEN

Mit seinem Konsortium aus 26 Partnern aus 23 europäischen Ländern hat das von EuropeAid-Mitteln maßgeblich finanzierte Projekt SSEDAS/SuSY (Sozial- und Solidarökonomie als Entwicklungsansatz für Nachhaltigkeit in EYD 2015 und darüber hinaus) Initiativen der Sozial- und Solidarökonomie und der Entwicklungspolitik auf EU-Ebene kartiert, Initiativen zusammengebracht, Netzwerke aufgebaut und detaillierte Untersuchungen zum Stand der SSE in den Mitgliedstaaten durchgeführt. Das Ziel des SuSY-Projektes ist es, die Kompetenzen lokaler SSE-AkteurInnen zu stärken, und so ein neues Paradigma der wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern, um Armut zu bekämpfen und zu einer gerechten und nachhaltigen Lebensweise beizutragen.

DIE HERAUSFORDERUNG

Immer mehr Menschen sehen sich mit einer Reihe von sozialen Herausforderungen konfrontiert, die mit einem nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodell zusammenhängen, darunter Ausbeutung, prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, Klimawandel, Umweltverschmutzung und Erschöpfung der natürlichen Ressourcen. Menschenwürdige Lebensbedingungen für jede und jeden rund um den Globus scheinen sich nicht mit unserem vorherrschenden Wirtschaftssystem vereinbaren zu lassen. Unsere sogenannte Entwicklung hat ihre Wurzeln in Wettbewerb und Profit. Dies führt zu einer multiplen Krise, die unmöglich zu überwinden ist, ohne ein neues soziales Paradigma zu schaffen, in dem SSE eine fundamentale Rolle spielen kann. Dieses neue soziale Paradigma ist das Ziel der Agenda 2030. Die gesamte Privatwirtschaft ist aufgerufen, eine wichtige Rolle beim Erreichen aller 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG = Sustainable Development Goals) zu spielen. Privatunternehmen werden weiterhin ihre Aktivitäten mit ihren eigenen Ressourcen, aber auch mit öffentlichen Mitteln, umsetzen. Deshalb ist es notwendig, dass Betriebe und Unternehmen nicht nur die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen und verantwortlich mit Menschenrechten und Umweltschutz umgehen, sondern auch zur Umsetzung aller nachhaltigen Entwicklungsziele beitragen. Wie von der UN Task Force zu SSE¹ beschrieben, würde die effektive Ausweitung von SSE erheblich zur Umsetzung aller SDGs beitragen. Zusätzlich sind wir der Meinung, dass dies als Paradigma und Inspiration für die gesamte Privatwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft dient.

1-Umsetzung der Entwicklungsagenda 2030 durch Sozial- und Solidarökonomie - ein Kommentar von Peter Utting, 2015



www.solidarityeconomy.eu



Dieses Material wurde mit Kofinanzierung der Europäischen Union produziert. Der Inhalt spiegelt nicht die offizielle Meinung der EU wider. Die Verantwortung für die Information und die Ansichten, die das Dokument beinhaltet, liegt allein bei den VerfasserInnen.

In den **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen ist die Verantwortung aller Unternehmen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte - egal wo sie ihre geschäftliche Tätigkeit ausüben - über der Erfüllung nationaler Gesetze und Verordnungen zum Schutz derselben verankert.

Während in den letzten Jahrzehnten freiwillige Initiativen zur Festlegung von Standards und Nachhaltigkeitszertifizierungssystemen zugenommen haben, ist es nun nötig, einen Regulierungsrahmen und Kontrollmaßnahmen einzuziehen, um den privaten Sektor für seine Verpflichtungen rechenschaftspflichtig zu machen. Diese Notwendigkeit wird auch durch den jüngsten Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte bekräftigt, der zu dem Schluss kommt, dass die bestehenden nicht rechtlich verbindlichen und freiwilligen Mechanismen „keine ausreichenden Möglichkeiten für „Missbrauchsopfer“ bieten, um adäquate und effektive Abhilfe zu schaffen“².

Die tausenden SSE-Initiativen in den letzten Jahrzehnten in Europa schufen Normen, Prinzipien und Inspiration. In Europa repräsentieren etwa zwei Millionen SSE-Initiativen ca. 10 Prozent aller Unternehmen und beschäftigen über 11 Millionen Menschen (was 6 % der erwerbstätigen Bevölkerung der Europäischen Union entspricht). Die Sozial- und Solidarökonomie ist eine wachsende Bewegung mit dem Ziel, die gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Systeme zu verändern.

In der erneuerten Verpflichtungserklärung des Europäischen Rates im Juni 2017 mittels des Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik - Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft wird gefordert, dass die EU ihre Rolle als starker Player die Umsetzung der Agenda 2030 vorantreibt. Weiters setzt sie einen Rahmen für einen gemeinsamen Ansatz der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Entwicklung von politischen Maßnahmen durch Aktionen, die gegenseitig unterstützt und koordiniert werden, um Komplementarität und Wirkung sicherzustellen.

Dieser gemeinsame Ansatz soll eine Multi-Stakeholder-Dimension aufweisen, um sicher zu stellen, dass die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung auf der Ebene der Mitgliedsländer so strukturiert ist, dass sie alle relevanten AkteurInnen und Stimmen für eine nachhaltige Wirtschaft und Entwicklung mit einbezieht. SSE-AkteurInnen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Genossenschaften usw. sind im Europäischen Konsens eingeladen, Teil dieses Prozesses zu sein. In mehreren Mitgliedsländern ist dies jedoch noch nicht gut erkennbar.

DIE THESE

Die Sozial- und Solidarökonomie (SSE) dient als Paradigma für die Festlegung von Standards für eine Privatwirtschaft, die in ihrem Handeln die Menschenrechte und die Menschenwürde achtet, und die mit dem Kampf gegen die weltweite Armut und dem Einsatz für eine nachhaltige Welt sogar noch einen Schritt weiter geht.

Wirtschaftliche Prinzipien, die auf Solidarität basieren, verbinden individuelle Bedürfnisse mit denen der Gemeinschaft, ohne die globale Dimension unseres Lebens zu verlieren. Solidarische Wirtschaftsgrundsätze schaffen menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen auf der Welt. Wir, die SuSY-AkteurInnen, setzen uns für eine Wirtschaft ein, die die Bedürfnisse aller Menschen erfüllen soll, und diese als BürgerInnen mit Rechten anerkennt, anstatt sie bloß als KonsumentInnen oder anders Beteiligte zu sehen. Wir stehen auch für eine nationale und internationale Politik, die einen Rahmen dafür schafft, diesen Ansatz zum Erfolg zu führen.

Die SuSY-PartnerInnen haben das europäische Umfeld der Sozial- und Solidarökonomie erforscht und kartiert. Sie sind zu Recht BotschafterInnen einer Privatwirtschaft, welche die Prinzipien und Werte der oben genannten politischen Rahmenwerke (Agenda 2030, UN Vertrag) in den Mittelpunkt stellt. In diesem Zusammenhang befürworten die SuSY-PartnerInnen auf einer Linie das Concord Strategiepapier „10-Punkte-Roadmap für Europa, die Rolle der Privatwirtschaft in der nachhaltigen Entwicklung“ und die Überzeugungsarbeit der Treaty Alliance.

2 - Zugang zu Abhilfemaßnahmen für geschäftliche Menschenrechtsverletzungen, UN Report, 17. Februar 2017
https://business-humanrights.org/sites/default/files/images/ARPII_FINAL%20Scoping%20Paper.pdf



www.solidarityeconomy.eu



Dieses Material wurde mit Kofinanzierung der Europäischen Union produziert. Der Inhalt spiegelt nicht die offizielle Meinung der EU wider. Die Verantwortung für die Information und die Ansichten, die das Dokument beinhaltet, liegt allein bei den VerfasserInnen.

DIE FORDERUNGEN

Die AkteurInnen der Sozial- und Solidarökonomie, die das europäische Projekt SuSY durchführen, fordern von den EU-Institutionen und nationalen Regierungen, die wichtige Rolle von SSE für eine nachhaltige Entwicklung der folgenden Punkte anzuerkennen:

ÜBERWACHUNG UND STEUERUNG

1. Umsetzung von Entwicklungspolitik und -praktiken Hand in Hand mit der **Agenda der nachhaltigen Entwicklungsziele** und dem **Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklung „unserer Welt, unserer Würde und unserer Zukunft“**³ mittels der Entwicklung von Mechanismen zur Überwachung der Zusammenarbeit und zur besseren Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, sowie durch die Einbindung von SSE-AkteurInnen in den Diskussionen und Aktionen, die sich auf europäischer und nationaler Ebene in diesem Bereich abspielen.
2. Mit öffentlichen Mitteln nur diejenigen Unternehmen zu finanzieren, welche die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte voll und ganz übernehmen:
 - a. Aufhören Firmen zu unterstützen, die dies nicht tun; Ein Überprüfungsnetzwerk unter der Einbindung von SSE-Prinzipien schaffen und einsetzen, bevor über die Unterstützung jeglicher Privatunternehmen aus öffentlichen Mitteln entschieden wird - ein Beispiel aus Frankreich⁴.
 - b. Ein Überwachungs- und Überprüfungswerkzeug unter Einbindung von SSE-Prinzipien entwickeln, das von denjenigen Privatunternehmen verwendet werden soll, welche durch die EU und nationale Regierungen finanziert werden.
3. Anreize für Veränderungen in Richtung SSE-Normen in den Strategien und Praktiken der Unternehmen schaffen (z.B. durch öffentliche Ausschreibungen) und den Privatsektor durch das Setzen von Verpflichtungen und Gegenmaßnahmen für Ausreißer regulieren.

VERBINDLICHE MECHANISMEN

4. Implementierung von verpflichtenden Mechanismen für die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen:
 - a. Unterstützung des Prozesses in Richtung des **„UN Vertrags über Transnationale Konzerne und andere Unternehmen“**⁵ in Hinblick auf Menschenrechte.
 - b. Unterstützung der Umsetzung der **„Green Card“-Initiative**⁶ auf EU-Ebene, um Unternehmen für Verstöße gegen die Menschenrechte haftbar zu machen, indem von EU-ansässigen Firmen eine Fürsorgepflicht für diejenigen Menschen und Gemeinschaften gefordert wird, deren Menschenrechte und lokale Umwelt durch die Aktivitäten der Unternehmen beeinträchtigt werden.
 - c. Unterstützung für das Bestreben der Mitgliedstaaten, **verpflichtende Regeln für eine unternehmerische Haftung** auf Nationalstaat-Ebene zu schaffen, wie sie das neue französische Gesetz⁷ enthält.

3 Unter den 123 Punkten des Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklung „unserer Welt, unserer Würde und unserer Zukunft“ erinnern wir schwerpunktmäßig an die folgenden drei: 48 - Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden handlungsorientierte und innovative Maßnahmen mit ihrer Entwicklungspolitik unterstützen, um das Engagement der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU) in der Umsetzung konkreter Aktionen zu steigern und so ihr Wandlungspotential zu erschließen. Die KKMU sollen leichteren Zugang zu relevanten Informationen innerhalb der EU und in den Partnerländern bekommen und somit in die Liefer- und Wertschöpfungsketten integriert werden, während die Lücke in der KKMU-Finanzierung geschlossen wird. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden den Business-to-Business-Austausch und Dialog zwischen den KKMU in der EU und in Partnerländern oder -regionen fördern.

49 - Die EU und ihre Mitgliedsstaaten werden ein unternehmensfreundlicheres Umfeld in Entwicklungsländern mitgestalten, welches zur Verbesserung der Bedingungen inklusiver wirtschaftlicher Aktivitäten beiträgt, indem es bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Arbeitsnormen, eine Sorgfaltspflicht und neue Geschäftsmodelle fördert. Sie werden einen breiten Zugang für finanzielle und micro-finanzielle Dienstleistungen bieten, besonders für Frauen, Arme und KKMU. Sie werden Privatunternehmen, Genossenschaften, Frauen und junge Unternehmerinnen und Unternehmer fördern, um sowohl die Bereitstellung von lokalen Leistungen als auch inklusive und umweltfreundliche Geschäftsmodelle voran zu treiben.

53 - Die Privatwirtschaft kann bei der Umsetzung der Agenda 2030 mitwirken. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank werden die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Bereichen mit bedeutendem Transformationspotential von nachhaltiger Entwicklung die Mobilisierung privater Ressourcen für die Entwicklung fördern, während sie auch die Haftbarkeit in der Privatwirtschaft vorantreiben. Dies umfasst eine nachhaltige Landwirtschaft, sichere und saubere Energie, integriertes Wasserressourcen-Management, eine flexible Infrastruktur, Gesundheit, nachhaltigen Tourismus, grüne Kreislaufwirtschaft, Telekommunikation und digitale Technologie.

4 Ex Ante Analytic Guide for investing projects risking and grab, <http://www.landcoalition.org/sites/default/files/documents/resources/Guide-analyse-ex-ante.pdf>

5 UN treaty on Transnational Corporations and Other Business Enterprises, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Pages/IGWGOnTNC.aspx>

6 Green Card[®] initiative at European Union, <http://danielleauroi.fr/?p=12022>

7 Loi relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d'ordre, <http://www.peuples-solidaires.org/publications/la-loi-sur-le-devoir-de-vigilance-questions-frequentes>



www.solidarityeconomy.eu



Dieses Material wurde mit Kofinanzierung der Europäischen Union produziert. Der Inhalt spiegelt nicht die offizielle Meinung der EU wider. Die Verantwortung für die Information und die Ansichten, die das Dokument beinhaltet, liegt allein bei den VerfasserInnen.

SOZIAL- UND SOLIDARÖKONOMIE FÖRDERN

5. Förderung einer besseren Anerkennung der Rolle von SSE und Schaffung eines förderlichen institutionellen und politischen Umfelds für SSE mit besonderen finanziellen und strukturellen Maßnahmen, welche die Rolle von SSE-Netzwerken als Treiber einer nachhaltigen Wirtschaft auf globaler, europäischer und nationaler Ebene konsolidieren.
6. Förderung der Bildung im Bereich sozialer und solidarischer Ökonomie im formellen und informellen Rahmen, indem die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) integriert und SSE als Weg zu nachhaltiger und gerechter Wirtschaft propagiert werden. Nationale Bildungsprogramme zu globalem Lernen, globaler Gesellschaft oder Entwicklung sollen als Vehikel dafür genutzt werden.



Weitere Informationen: Cospe, Italien, elisa.delvecchio@cospe.org (Lead-Organisation)

Ansprechpartner in Österreich: Südwind, 1080 Wien, stefan.grasgruber-kerl@suedwind.at

www.solidarityeconomy.eu